

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

19.10.1929 (No. 244)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 958 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3513

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Knecht, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einfl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Ernste Finanzlage des Reichs

Halbjahresoll nicht erreicht — Der Nachtragsetat

Der letzte Ausweis über die Reichseinnahmen und Reichsausgaben zeigt einen Minderertrag der Steuern in Höhe von 117 Mill. Reichsmark für die erste Hälfte des Haushaltsjahres auf und es wird mit der Erhöhung dieses Fehlbetrags auf 150 bis 200 Mill. Reichsmark im Haushaltsjahr gerechnet.

Zu diesem Betrag von rund 400 Millionen Reichsmark Minderertrag und Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung kommen verschiedene nachträgliche Anforderungen der einzelnen Ressorts, so daß der Haushaltsplan, wie er vom Reichstag feierlich beschlossen worden ist, jetzt durch einen Nachtragshaushalt ergänzt werden muß, der fast 1/2 Milliarden Reichsmark betragen dürfte.

Die erste finanzielle Lage, die sich aus diesen Überlegungen ergibt, gilt allerdings nur für ein Übergangsstadium, das durch die Absicht der Parteien am ursprünglichen Haushaltsplan, durch die Verzögerung der neuen Reparationsregelung und durch die unzureichende provisorische Reform der Arbeitslosenversicherung entstanden ist.

Der deutsche Außenhandel im September

166 Millionen Ausfuhrüberschuss

Im September 1929 beträgt die Einfuhr im reinen Warenverkehr 1038 Mill. Reichsmark, die Ausfuhr einschließlich der Reparationsfachlieferungen 1204 Mill. Reichsmark.

Die Einfuhr ist gegenüber dem August um 34 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Abgenommen hat die Einfuhr von Lebensmitteln um 19 Mill. Reichsmark, die Einfuhr von Rohstoffen um 28 Mill. Reichsmark.

Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 14 Mill. Reichsmark gestiegen. Zugunsten hat infolge einer stärkeren Getreidausfuhr (+14,8 Mill. Reichsmark) die Ausfuhr der Gruppe Lebensmittel (um 15,3 Mill. Reichsmark).

Kein Telefonmonopol. Die Gerüchte, daß eine englisch-amerikanische Finanzgruppe dem Reichsfinanzministerium und dem Reichspostministerium angeboten habe, die Reichstelephonverwaltung in eine Monopolregie zu übernehmen, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Der neue Kreuzer „Leipzig“ wurde am Freitag in Wilhelmshaven in Gegenwart des Reichswehrministers und zahlreicher geladener Gäste vom Stapel gelassen.

Letzte Nachrichten

Ein französisches Komitee gegen Räumung von Rhein und Saar

PARIS, 19. Okt. (Tel.). Wie das nationalistische „Echo de Paris“ mitteilt, hat sich unter dem Vorsitz des Generals Nordaeg ein Komitee gegen die Räumung des Rheinlandes und die Aufgabe des Saargebietes gebildet.

Ein neuer englisch-amerikanischer Schiedsvertrag

LONDON, 19. Okt. (Tel.). Der Sonderberichterstatter der „Daily News“, hat sich unter dem Vorzeichen des Generalen Forde ein Komitee gegen die Räumung des Rheinlandes gebildet.

Drei Todesurteile in Palästina

LONDON, 19. Okt. (Tel.). „Daily Mail“ berichtet aus Haifa: Die ersten Todesurteile im Zusammenhang mit den Unruhen in Palästina wurden gestern gegen drei Araber wegen Ermordung eines Juden in Safed gefällt.

Eine revolutionäre Bewegung in Kuba

HAVANA, 19. Okt. (Tel.). Wie Associated Press aus Kuba meldet, sind dort vier Personen wegen angeblicher revolutionärer Umtriebe verhaftet worden.

Die Emelka im Reichsbesitz

Das Mehrheitspaket der Emelka (Münchener Lichtspielkunst AG.) ist in die Hände der Commerz- und Privatbank übergegangen, tatsächlich aber in Besitz des Reichs, das, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, dadurch den Übergang in den Besitz der Hugenbergschen Liga verhindert.

Fortschritte der Normung

Die kürzlich in Kiel abgehaltene Sitzung des Ausschusses „Einführung der Normen in die Praxis“ ergab wertvolle Feststellungen, die besonders für die Kaufleute von Interesse sein werden.

Interessant war auch die Mitteilung des Studienrats Dr. Uhlir vom Sachnormenausschuß Krankenhaus, daß 16 Monate nach Herausgabe des Normblattes über Krankenbetten allein von 4 Firmen bereits 15 000 „Normbetten“ geliefert worden sind.

Das Reichskabinett beabsichtigt am Freitag in der unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik, der unverzüglich dem Reichstag zugeleitet wird.

„Freie bürgerliche Mitte“ in München. Für die Münchener Gemeindevorstände hat, wie gemeldet, in München die Demokratische Partei mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei eine Wahlgemeinschaft geschlossen.

\* Ein unsinniger Paragraph

Drei Tage lang hat jetzt das Volksbegehren der Herren Hugenberg, Hitler und Selbte zur Einzeichnung aufgelesen. Es wäre voreilig, sich auf Grund der Einzeichnungsergebnisse dieser drei Tage ein Urteil zu bilden.

Zwischen hat sich aber, agitatorisch gesehen, die Situation für die Befürworter des Volksbegehrens ganz erheblich verschlechtert. Denn der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, ist mit einer alle Zweifel und alle Interpretationsversuche ausschließenden Deutlichkeit von dem § 4 des Volksbegehrens abgerückt.

Was die Stellung Hindenburgs zum Youngplan betrifft, so ist es richtig, daß der Reichspräsident bisher niemandem das Recht gegeben hat, ihn in der Agitation für oder wider diesen Kernpunkt des Volksbegehrens als Strohmann zu zitieren.

Insmerhin konnte dieser Wunsch des Reichspräsidenten, aus der Polemik herausgelassen zu werden, in der Weise mißdeutet werden, daß die Anhänger des Volksbegehrens Herrn von Hindenburg auch eine neutrale Beurteilung des Paragraphen 4 unterstellten.

Bekanntlich muß der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit, in Vorschub und Vogen angenommen oder abgelehnt werden.

Natürlich muß man alle diese Dinge im Zusammenhang der politischen Entwicklung betrachten. Jedem Menschen, der Hindenburg kennt, muß es vollkommen ausgeschlossen erscheinen, daß der Reichspräsident eine Politik der Reichsregierung duldet und den Hauptvertretern dieser Politik seine Anerkennung ausdrückt.

Die für seine Pflicht, den Spruch des Reichstags abzuwarten, und will in strenger Beobachtung von Recht und Verfassung erst dann seine Entscheidung kundtun.

Datum handelt es sich! Es war also sicherlich eine Übereiltheit, Herrn von Hindenburg in den Streit hineinzuziehen. Wo das auf Seiten der Gegner des Volksbegehrens geschah, ist, geschah es im guten Glauben.

